Einkommensrunde Beamte 2019-2021 - Umsetzung Gesprächsergebnisse vom 16.4.2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nach dem dbb und DGB dem ausgehandelten Gesprächsergebnis vom 16. April 2019 zugestimmt haben, werden nunmehr die Einzelergebnisse vom MIBS in einen Gesetzesentwurf (Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen in den Jahren 2019, 2020 und 2021 und zur Änderung dienstrechtlicher Bestimmungen) geformt. Der Ministerrat soll sich in der Woche 22 mit dem Gesetzentwurf beschäftigen, bevor er im Landtag eingebracht wird. Da das Gesprächsergebnis zwischen Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ausgehandelt wurde, verzichtet die Landesregierung auf eine externe Anhörung, so dass sich der Saarländische Landtag bereits in erster Lesung am 19. Juni 2019 mit dem Gesetzentwurf auseinander setzen kann. Der Landtag als Gesetzgeber hat zu entscheiden, ob bereits am 19. Juni der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung beschlossen wird (dann könnte die ZBS die Besoldungs- und Versorgungserhöhung zum 1. August 2019 auszahlen) oder ob es noch eine Beratung und etwaige Anhörung geben wird. Im letzteren Fall könnte das Gesetz erst am 28. August 2019 beschlossen werden und es käme zu vorsorglichen Abschlagzahlungen durch die ZBS.
Die ausgehandelten Ergebnisse vom 16.4.2019 im Einzelnen:

Erhöhung der Besoldung und Versorgung

- ab 1.8.2019 +3,2 %
- ab 1.6.2020 +3,2 %
- ab 1.4.2021 +1,7 %
- Die Amtsbezüge der Minister werden zeitgleich und in gleicher Höhe wie die Beamtenbezüge angepasst

Anwärter

- 1.1.2019 = +50 €
- 1.1.2020 = +50 €
- Plus Erhöhung Urlaub um einen Tag von 29 auf 30 Tage ab 1.1.2020

Weitere Maßnahmen:

- Die Absenkung der Eingangsbesoldung wird rückwirkend zum 1.4.2019 beendet
- Erhöhung der Zulage für Hauptschullehrer an Gemeinschaftsschulen um 100 € auf 300 € (1.1.2020 +50 € und 1.1.2021 +50 €)
- Die Eurobeträge im Leistungsverzeichnis zu § 5 Abs. 1 Nr. 8 der saarl. BeihilfeVO werden zum 1.7.2019 um 30 Prozent angehoben

Ich möchte abschließend für die weitere Diskussion mit den Einzelmitgliedern nochmals klarstellen, dass der dbb ein maximales Ergebnis erreicht hat und das die Landesregierung an ihre maximale Belastungsgrenze (Einhaltung der Schuldenbremse) gegangen ist. Ein Mehr hätte zum Scheitern der Gespräche geführt. Dann hätten die Beamtinnen und Beamten und VersorgungsempfängerInnen nur 7,4 Prozent anstatt 8,1 Prozent erhalten. Auch die zusätzlichen Verbesserungen wären nicht erreicht worden.
Sobald der Gesetzentwurf dem dbb vorliegt, werden wir diesen zur Verfügung stellen!
Mit freundlichen Grüßen
Ewald Linn
Landesvorsitzender

dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
saar

Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon (0681) 51708
Mobil 0160 6305006
www.dbb-saar.de